

nachrichten

Remittances erreichen die Ärmsten nicht

Die einkommensschwächsten Teile der philippinischen Bevölkerung profitieren weniger von Überweisungen im Ausland arbeitender Verwandter als bisher angenommen. Laut einer neuen Studie der Asiatischen Entwicklungsbank kommen diejenigen, die eine Arbeit im Ausland finden können, vor allem aus vergleichs-

weise wohlhabenderen Regionen. Angaben der Nationalbank zufolge überweisen die rund acht Millionen Auslandsfilipinos (etwa zehn Prozent der Bevölkerung) in diesem Jahr 9,4 Milliarden US-Dollar an Familienangehörige, der Wert der informellen Transferleistungen wird auf das Dreifache geschätzt. 44 Prozent der Bevöl-

kerung leben von weniger als einem Dollar am Tag, ein Wert, der auch wegen des starken Bevölkerungswachstums von 2,3 Prozent wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht wesentlich sinken wird.

vgl: BW, 13.9.05

Unmut über Verträge mit US-Lobbyisten

In den letzten Monaten wurden Details über Verträge bekannt, die im Auftrag der Arroyo-Administration meist durch die philippinische Botschaft in Washington mit US-amerikanischen Lobbyfirmen abgeschlossen wurden. Zunächst gerieten Informationen über einen Vertrag mit dem Consultant-Unternehmen Venable LLP an die Öffentlichkeit. Bei einer Laufzeit von 12 Monaten zahlt die philippinische Regierung 900.000 US-Dollar plus Reisekosten. Im Gegenzug soll Venable bei amerikanischen Kongressabgeordneten für die geplante Verfassungsänderung in Richtung Föderalismus werben sowie auf großzügigere Kredite von US-Banken und eine Aufstufung der Kreditwürdigkeit hinwirken. Die Details dieser Vereinbarung wurden nur deshalb öffentlich, weil professionelle Lobbyisten in den USA durch Bundesgesetze gezwungen sind, den finanziellen und inhaltlichen Zuschnitt ihrer Verträge in sogenannten disclosure reports offen zu legen. Im Gegensatz dazu hat die philippinische Regierung sich über derartige Verträge stets äußerst bedeckt gehalten. Auf die Aufdeckung des Venable-Deals reagierte sie prompt mit der Ankündigung, ihn in Kürze zu kündigen, wobei allerdings Unklarheit über Kündigungsfrist und Vorauszahlungen bestanden.

Wie in den folgenden Wochen bekannt wurde, gibt es drei weitere laufende Verträge

mit den Lobbyfirmen Bannerman & Associates, Burson-Marsteller sowie White & Case, die unter anderem potentielle ausländische Investoren von Engagements in den Philippinen überzeugen sollen. Insgesamt hat die Arroyo-Regierung seit dem Amtsantritt 2001 mindestens 3,7 Millionen US-Dollar für diese und bereits ausgelaufene Verträge mit US-Lobbyisten ausgegeben.

Während Beobachter in den Aufträgen an ausländische Lobbyisten kein grundsätzlich illegitimes Mittel der Interessenvertretung sahen, hinterließ die Geheimhaltung einen fragwürdigen Eindruck. Sie wurden offensichtlich aus einem speziellen Fonds für »vertrauliche und geheimdienstliche Ausgaben« finanziert und unterlagen damit nicht der regierungsinernen Rechnungsprüfung. Im übrigen sei es kaum konkret zu evaluieren, welchen Nutzen die Verträge bringen, und die darin festgelegten Aufgaben könnten eben so gut von den diplomatischen Vertretungen im Ausland wahrgenommen werden. Vor dem Hintergrund der aufgrund verschiedener Skandale ohnehin schwelenden Legitimationskrise der Regierung sprachen Kommentatoren in Anlehnung an die »Watergate«-Affäre, die einst US-Präsident Nixon aus dem Amt spülte, bereits von einem drohenden »Lobbygate«.

vgl: PCIJ Blog, 20.9.05

Der institutionalisierte Mangel

Die öffentlichen Haushalte der Philippinen sind weiterhin chronisch unterfinanziert. So wurde Ende Oktober bekannt, dass knapp ein Fünftel der rund 120.000 philippinischen Polizisten ihre Dienstwaffe auf eigene Rechnung selbst anschaffen mussten. Anderenfalls müssten sie »Museumsstücke tragen«, sagte Rolando Andaya, Abgeordneter der Provinz Camarines Sur. Bei der Vorstellung eines Berichts über die Lage bei der nationalen Polizei sagte er weiter, rund 15.000 zusätzliche Fahrzeuge seien zur Verbrechensbekämpfung dringend notwendig, anderenfalls sei eine schnelle Reaktion und damit die Glaubwürdigkeit der Polizei nicht mehr zu gewährleisten. Schwierigkeiten bereiteten laut Andaya auch die Funknetze: So müssten sich die Beamten häufig über ihre privaten Mobiltelefone abstimmen. Ungewöhnliche Wege bei der Kriminalitätsbekämpfung geht derweil der Bürgermeister der Kleinstadt Pagadian City: Er erließ eine Verwaltungsvorschrift, die Motorradfahrern das Tragen von Helmen verbietet. Hintergrund: bewaffnete Bandenmitglieder, die vom Motorrad aus Raubüberfälle verüben, sollen ohne Helm leichter zu erkennen sein außerdem wurde eine Mindestgeschwindigkeit für Motorräder erlassen.

Gleichfalls von der Unterfinanzierung betroffen ist das Gesundheitswesen: Die Verdienstmöglichkeiten für Ärzte und Krankenschwestern sind

so gering, dass ein großer Anteil der Filipinos und Filipinas mit medizinischer Ausbildung eine Stelle im Ausland annimmt (Japan, Singapur, aber auch EU oder USA). Mittlerweile kommt – je nach Region – nur noch ein Arzt auf 10.000 bis 26.000 Einwohner. Dieses Phänomen ist nicht neu, schon seit den 70er Jahren ist das Land nach Indien der weltgrößte »Exporteur« von medizinischen Fachkräften. Durch die minimalen Gesundheitsausgaben der Regierung (derzeit 0,6 Prozent des BIP) hat sich der brain drain jedoch ständig verschärft. Gewerkschaften und gesundheitspolitische NGOs fordern, die Ausgaben entsprechend den Empfehlungen der WHO mittelfristig auf mindestens fünf Prozent anzuheben. Zudem müssten die Gehälter in öffentlichen Krankenhäusern verbessert werden. Selbst in Namibia könne ein junger Arzt dreimal mehr verdienen als in den Philippinen.

vgl: PDI 21.9.05, 29.10.05; MindaNews, 1.9.05

Die terroristische Gesellschaft

Das neue Anti-Terrorismus-Gesetz, das voraussichtlich demnächst im Kongress verabschiedet wird, bedroht Terroristen mit der Todesstrafe. Das ist an sich nicht neu. Die vorgeschlagene Definition von »Terrorismus« ist jedoch so vage, dass Kritiker vermuten, das Gesetz solle weniger den Bürger vor Anschlägen schützen als vielmehr die Regierung vor aufmüpfigen Bürgern. Einige Kommentatoren meinen, wenn der Entwurf in Kraft trete, komme dies de facto der Verhängung eines Notstandsrechts gleich. So könne beispielsweise eine Aktion als terroristisch gewertet werden, die »wichtige öffentliche Dienste, zum Beispiel den Straßenverkehr störe. Diese Definition trafe etwa auf die Volksaufstände Edsa 1 und 2 zu, die immerhin diktatorische bzw. korrupte Herrscher von der Macht vertrieben. Befürchtet wird auch, das Streikrecht könne mit der schwammigen Terrorismusdefinition faktisch ausgehebelt werden. Die der kommunistischen Partei nahestehende National Democratic Front (NDF) beschuldigte Einheiten der Armee, an Anschlägen beteiligt gewesen zu sein, um ein Klima der Verunsicherung zu schaffen und in der Bevölkerung die Akzeptanz des Anti-Terror-Gesetzes zu vergrößern.

Unterdessen haben australische Elitetruppen begonnen,

die philippinische Armee beim Kampf gegen die terroristische Vereinigung Jemaah Islamiyah (JI) zu unterstützen. JI wird die Beteiligung an mehreren Bombenanschlägen und Verbindungen zu Al-Qaida nachgesagt. Die Armee dementierte Gerüchte, wonach die Australier direkt an Kampfhandlungen beteiligt seien. Ihre Hilfe beschränke sich auf logistische und strategische Unterstützung. Die Verfassung von 1987 verbietet eine militärische Intervention ausländischer Truppen in innerstaatlichen Konflikten.

Ende Oktober wurden zwei Filipinos und ein Indonesier zum Tode verurteilt. Das Gericht in Makati City sah es als erwiesen an, dass sie eine zentrale Rolle in den als »Valentine's day blasts« bekannten Bombenanschlägen am 14. Februar 2005 gespielt hatten, die annähernd gleichzeitig in mehreren Städten zahlreiche Tote und Verwundete hinterließen. Ein vierter Angeklagter kam mit einer Haftstrafe davon, da er als Kronzeuge ausgesagt hatte. Die Vollstreckung der Todesurteile wird wegen Revisionsanträgen frühestens in sechs Jahren erwartet.

vgl: *MindaNews*, 4.9.05;
CyberDyario, 14.10.05; *PDI*,
11.10.05; 29.10.05

Spinnen verboten

Nach dem Jueteng-Skandal soll das Verbot von Wetten und Glücksspiel strenger durchgesetzt werden. Dies zeigte sich kürzlich in der Provinz North Cotabato: Die Leiterin der regionalen Schulbehörde, Gloria Mudanza, schickte Anfang September 2005 einen harschen Brief an alle ihr untergebenen Schulen, in dem sie anordnete, künftig »illegales Glücksspiel« in den Schulen zu unterbinden. In den Philippinen ist es unter Schülern üblich, in der Mittagspause Spinnen ge-

geneinander kämpfen zu lassen und kleine Geldbeträge auf die Favoriten zu wetten.

Mudanza warnte auch die Lehrer, sich nicht an derartigen Wetten zu beteiligen. In Kidapawan City wurden 20 jugendliche Zocker in flagrante von der Polizei erwischt und zu je einer Stunde gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

vgl: *MindaNews*, 5.9.05

TI: Korruption bleibt epidemisch

Nach aktuellen Daten der auf die Messung und Bewertung von Korruption spezialisierten NRO Transparency International hat die Korruption in den Philippinen im abgelaufenen Jahr zugenommen — der Wert des entsprechenden Indexes sank. Unter 159 untersuchten Ländern lag der Inselstaat mit Afghanistan und Nepal auf Platz 117. Der Index basiert auf den Einschätzun-

nachrichten

gen von Geschäftsleuten und Länderexperten weltweit.

vgl: *PCIJ Blog*, 18.10.05

Friedensverhandlungen relativ erfolgreich

Bei der neunten Runde der informellen Friedensgespräche zwischen Regierung und der Moro Islamic Liberation Front (MILF), die Mitte September 2005 traditionell auf neutralem Boden in Kuala Lumpur (Malaysia) stattfanden, gab es laut der Teilnehmer gute Fortschritte. Unter anderem sei die seit Jahren strittige Frage nach der Anerkennung der traditionellen Stammesgebiete. Details der Vereinbarungen wurden aber zunächst nicht bekannt. Ferner hat die Regie-

rung prinzipiell zugestimmt, die selbstverwalteten Gebiete der Bangsamoro auf Mindanao zu erweitern. Diese Teilautonomie soll etwa das Recht umfassen, eigene Steuern zu erheben und eine eigene Verfassung zu verabschieden. Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo kann Erfolge bei den Friedensverhandlungen gut gebrauchen, um von den politischen Krisen der letzten Monate abzulenken.

vgl: *PDI*, 19.9.05; *MindaNews*,
12.10.05



Quelle: www.alertnet.org

Suchbild: Wer ist hier der Terrorist?